

Baubeginn beim größten Bewässerungsprojekt

In Kambodscha haben die Arbeiten am größten Bewässerungssystem des Landes begonnen. Mit dem Kanalsystem in der Provinz Battambang sollen Anbaufläche und Reisernten in der wichtigsten Reisanbauregion des Landes erhöht werden.

Die Investitionen von insgesamt rund 61 Millionen US-Dollar kommen von der kambodschanischen Regierung und ausländi-

schen Kreditgebern. Nach der geplanten Fertigstellung in zwei Jahren soll ein Kanalnetzwerk von 332 Kilometern Länge Wasser in alle Landkreise der Provinz bringen.

Battambang hat derzeit 260.000 Hektar Reisanbaufläche, die einen Jahresertrag von rund 700.000 Tonnen Reis erbringen.

vgl.: Asia Pulse, 5.2.2010

Sam Rainsy zu zwei Jahren Haft verurteilt

Ein Provinzgericht in Kambodscha hat den Oppositionsführer Sam Rainsy in Abwesenheit wegen Rassenaufwiegelung und Zerstörung von Grenzposten zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. In einer nichtöffentlichen Sitzung habe Richter Koam Chhean den Präsidenten der *Sam Rainsy-Partei* (SRP) zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe von rund 1.900 US-Dollar verurteilt, so der Anwalt von zwei Mitangeklagten von Sam Rainsy. Das Gerichtsgebäude war während der Verhandlung von Polizei und Militär umstellt. Der Anwalt von Sam Rainsy, Choung Choungy, sagte, die massive Präsenz von Polizei und Militär sei genutzt worden, um die Verteidiger und die Entscheidung des Gerichtes zu beeinflussen.

Auch Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Urteil als »eine pure politische Verurteilung«. »Das ist ein weiterer Rückschlag für die Demokratie, nachdem schon mehrere SRP-Mitglieder, Aktivisten, Rats- und Parlamentsabgeordnete bedroht oder ins Gefängnis geworfen wurden, weil sie auf öffentliche Belange hingewiesen haben oder Regierungspolitik kritisiert haben«, sagte Naly Pilorge, die Direktorin der Menschenrechtsgruppe *Licadho*.

Das Verfahren gegen Sam Rainsy und zwei weiteren Angeklagten hatte begonnen, nachdem der SRP-Führer Dorfbewohnern in der

Provinz Svay Rieng dabei geholfen hatte, provisorische Grenzmarkierungen an der Grenze zu Vietnam zu entfernen. Die Dorfbewohner hatten vietnamesische Behörden beschuldigt, die Pflöcke illegal in ihre Reisfelder gesetzt zu haben. Nach Meinung der SRP standen die Grenzmarkierungen eindeutig auf kambodschanischem Territorium, wie es in französischen und amerikanischen Landkarten definiert ist.

Sam Rainsy sagte, das schnelle und nicht-öffentliche Verfahren zeige, dass die kambodschanische Regierung sehr nervös auf das Thema reagiere. »Ich glaube, sie haben Angst – Angst vor den Beweisen, die ich vorgelegt habe, Angst vor der Öffentlichkeit, die nun entstanden ist«, erklärte er telefonisch aus Paris. Er werde weitere Beweise für vietnamesisches Eindringen auf kambodschanisches Territorium vorlegen, fügte er hinzu. Sam Rainsy hatte vor dem Gerichtsverfahren das Land verlassen. Bereits 2005 hatte er ein Jahr im Exil gelebt, nachdem ihm wegen eines Beleidigungsverfahrens die politische Immunität aberkannt worden war. Nach einer Verurteilung zu 18 Monaten Haft hatte ihn nur eine königliche Amnestie vor der Haftstrafe bewahrt. 2006 war er nach Kambodscha zurückgekehrt.

vgl.: AFP, 28.1.2010

Misshandlungen in Entzugseinrichtungen

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) hat der kambodschanischen Regierung Folter und Misshandlung in staatlichen Drogenentzugseinrichtungen vorgeworfen. Viele der Insassen seien Kinder, die mit Elektroschocks misshandelt und auch vergewaltigt würden, schreibt HRW in dem Bericht. Die Menschenrechtsorganisation beschuldigt auch das *Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen* (UNICEF), an den Umständen beteiligt zu sein. So seien Kinder mit einem UNICEF-Fahrzeug in ein Drogenzentrum gebracht worden. Nach Angaben von HRW gibt es in ganz Kambodscha elf solcher Zentren. Jedes Jahr würden über 2.000 Personen dort eingesperrt.

Seine Organisation habe über ein Jahr an dem Bericht gearbeitet und mit über 50 ehemaligen Insassen gesprochen, sagte HRW-Direktor Joe Amon in New York.

»Wir haben ein gleichförmiges Muster von Misshandlungen in allen Zentren entdeckt«, sagte Amon, der die Quälereien als teilweise sadistisch bezeichnete.

»Die Leute haben uns erzählt, dass sie geschlagen wurden, teilweise mit Elektrokabeln. Wir hatten Berichte von Vergewaltigungen oder das sie bei Vergewaltigungen Anderer zuschauen mussten und von Misshandlungen mit Elektroschocks«, erklärte er.

Die Zentren verstießen gegen kambodschanisches und internationales Recht, fügte Amon hinzu.

Viele Insassen würden von der Polizei auf der Strasse aufgegriffen und dann in die Zentren gebracht, sagte er. Dabei gäbe es keine formelle Anklage, keinen Anwalt, keinen Richter und keine Revision.

vgl.: AFP, ABC, 2.2.2010

nachrichten

»Vergewaltigung« als Thema präsenter

Die Zahl der Berichte in kambodschanischen Tageszeitungen über Vergewaltigungen im Land ist von 268 im Jahr 2008 auf 322 im Jahr 2009 gestiegen. Das ergab eine Medienanalyse der Organisation *End Child Prostitution, Abuse and Trafficking* (ECPAT). Mehr als die Hälfte der Vergewaltigungen wurden an Minderjährigen verübt. 204 der insgesamt 337 in den Berichten erwähnten Opfer waren Kinder. Die tatsächliche Zahl der Vergewaltigungen liegt aber um ein vielfaches höher.

Die vermehrte Berichterstattung zeige einen Wandel in der kambodschanischen Gesellschaft, sagte der Direktor von ECPAT-Kambodscha, Chin Chanveasna. »Ich denke, die Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen haben viel getan, um den Leuten gegen Vergewaltigungen zu helfen. Aber wir sind besorgt und müssen mehr bei den Eltern tun, damit sie sich mehr um die Sicherheit ihrer Kinder kümmern«, sagte er.

Von den 381 Angeklagten in Vergewaltigungsfällen seien nur sechs verurteilt worden, heißt es in dem ECPAT-Bericht. Die meisten Fälle seien außergerichtlich geregelt worden. Viele Familien könnten sich die Gerichtskosten nicht leisten. »Dennoch ermuntern wir die Leute, vor Gericht zu gehen. Denn sonst bleiben die Straftäter in Freiheit und begehen weitere Verbrechen«, sagte Chin Chanveasna.

vgl.: www.phnompenhpost.com, 26.1.2010

Minderheiten-Sprachen vor dem Aussterben

Die Kulturorganisation der Vereinten Nationen, UNESCO, hat vor dem Aussterben von Minderheitensprachen in Kambodscha gewarnt. 19 Sprachen im Land seien vom Aussterben bedroht, teilte die Organisation mit. Die Hauptsprache in Kambodscha ist Khmer, doch viele ethnische Minderheiten sprechen eigene Sprachen.

»Wenn es nur noch wenige Leute gibt, die eine Sprache sprechen, dann stirbt sie natürlich aus«, sagte Blaise Kilian, UNESCO-Koordinator in Phnom Penh. »Aber auch die Umwelt spielt eine Rolle. Wie die Leute, besonders die jungen Leute, auf ihre sich verändernde Umwelt reagieren. Wie sehr sie sich für ihre eigene Sprache und deren Vermittlung interessieren. Es sind auch solche Faktoren, die darüber bestimmen, ob eine Sprache ausstirbt.« Es gebe nur noch zehn Leute, die S'aoch sprächen, und keiner benutze die Sprache mehr im Alltag, sagte etwa der Sprachforscher Jean-Michel Filippi. »Damit ist S'aoch die gefährdetste Sprache in Kambodscha. In etwa zehn Jahren wird sie ausgestorben sein«, erklärte der Experte. Bis dahin versucht er so viel wie möglich von der Sprache aufzunehmen. Bisher hat er rund 4.000 Vokabeln aufgenommen

und will nun eine Grammatik schreiben.

»Kulturell gesehen ist jede Sprache eine einzigartige Betrachtung der Welt. Man kann zwei Sprachen nehmen, die sehr, sehr ähnlich erscheinen, wie zum Beispiel Französisch und Englisch. Die Weltansichten, die in Französisch und Englisch transportiert werden, sind jedoch völlig unterschiedlich. Wenn also eine Sprache ausstirbt, stirbt eine ganze Weltansicht mit ihr«, sagte Filippi. Der Forscher sieht den Grund für die Ablehnung der eigenen Sprache durch die S'aoch in ihrer extremen Armut. »Die S'aoch wollen ihre Sprache und ihre kulturellen Institutionen wahrscheinlich deshalb abschaffen, weil sie so extrem arm sind. Sie meinen mit Khmer haben sie eine bessere Chance«, erklärte er.

Armut ist die größte Bedrohung für die ethnischen Minderheiten in Kambodscha und ihre Sprachen. Viele kämpfen um den Erhalt ihrer Heimat. Experten sind sich einig, dass ohne eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Land, so gut wie alle Minderheitensprachen am Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein werden.

vgl.: VOA, 21.1.2010

Malariawelle

2009 gab es 80.000 Malariainfektionen, 300 Todesopfer der Seuche waren zu beklagen. Dies sind 30.000 mehr Neuinfektionen sowie 100 Verstorbene mehr als im Vorjahr. Stärkere Regenfälle und ein gesteigener Aufenthalt von Soldaten und Arbeiter in Hochrisikowäldern seien die Ursache hierfür, sagte ein Arzt des *National Centre for Parasitology, Entomology and Malaria Control* (CNM). Zwischen 2000 und 2008 sei es aber gelungen die Malaria um 60

bis 70 Prozent einzudämmen und das Ziel die Malaria bis 2020 komplett zum Verschwinden zu bringen sei immer noch erreichbar.

Bereits im Juli 2009 wies eine neue Studie auf die gestiegenen Malariainfektionen hin, da sich in Kambodscha jüngst neue resistente Malariaparasiten gegen die herkömmlichen Malariamedikamente entwickelt hätten.

vgl. Phnom Penh Post, 22.2.2010